
«Ich habe nicht versucht, eine brutale Diktatur zu stützen»

Petina Gappah ist eine bedeutende Stimme der postkolonialen Literatur. Hat ausgerechnet sie dem autokratischen Regime in Simbabwe ein freundliches Gesicht verliehen? Erstmals nimmt sie ausführlich Stellung zur Kritik und spricht über das Erbe des Kolonialismus, Europas Verantwortung und ihr neuestes Buch.

Ein Interview von [Daniel Graf](#), Bilder von Tobias Kruse, 19.09.2019



Petina Gappah, fotografiert in Berlin am 13. September.

Anfang September starb Robert Mugabe, der Simbabwe bis Ende 2017 autoritär führte. Zu Beginn seiner Regentschaft 1980 galt er im Land als Nationalheld, der Simbabwe von der britischen Kolonialherrschaft befreite. Doch sein Regime stand bald schon für Menschenrechtsverletzungen, Korruption, politische Verfolgung, militärische Gewalt und Wahlmanipulationen. Die sogenannten Gukurahundi-Massaker, der Genozid an der Volksgruppe der Ndebele, fielen ins erste Jahrzehnt seiner Amtszeit.

Durch einen Militärputsch kam im November 2017 Mugabes langjähriger Vertrauter und Nachfolger Emmerson Mnangagwa an die Macht. Er nährte im Land die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen – auch bei der Handelsjuristin und Autorin Petina Gappah. Sie gehörte zu den wichtigsten Kritikerinnen des Mugabe-Regimes. Und übernahm 2018 eine Beratungstätigkeit für Simbabwes neue Regierung, die vielen als ähnlich repressiv gilt wie die Vorgängerregierung unter Mugabe. Nach den ersten Wahlen unter dem neuen Staatshauptchef im Juli 2018 fanden Demonstrationen statt, gegen die Sicherheitskräfte Waffengewalt einsetzten. Dabei verloren laut der eingesetzten Untersuchungskommission sechs Menschen ihr Leben.

Vergangene Woche in Berlin. Eigentlich war Petina Gappah in die deutsche Hauptstadt gereist, um dort das Internationale Literaturfestival zu eröffnen, ih-

ren neuen Roman vorzustellen und über postkoloniale Verantwortung zu sprechen. Doch plötzlich stand ihre Anreise unter dem Zeichen eines Skandals. Hatte ausgerechnet sie einem autoritären Regime ein freundliches Gesicht gegeben, wie die «Süddeutsche Zeitung» (SZ) schrieb? Ein schon vereinbartes Interview mit der SZ hatte Gappah wieder abgesagt.

Zur Person

Petina Gappah, 1971 in Harare geboren, studierte dort Jura, dann Internationales Handelsrecht in Graz und Cambridge. Sie war zehn Jahre Anwältin für internationales Handelsrecht bei der WHO in Genf. Als literarische Autorin debütierte sie 2009 mit dem Erzählband «An Elegy for Easterly». Ihr neues Buch, «Aus der Dunkelheit strahlendes Licht», ist ihr dritter Roman.

Die Republik hat die Autorin am Rande des Literaturfestivals zu einem Gespräch getroffen, in dem sie sich erstmals ausführlich zu ihrer Beratertätigkeit äussert. Dabei drehte sich das Interview auch um die postkoloniale Verantwortung Europas und die Frage, was ihr neues Buch mit all dem zu tun hat.

Frau Gappah, wir führen dieses Gespräch in Berlin. Hier fand vor 135-Jahren eine grosse Konferenz statt, die enorme Folgen für die Geschichte Afrikas hatte. Was geschah damals, 1884?

Jedes Kind in Afrika kennt dieses Datum. Denn die Geschichte des modernen Afrika und seiner heutigen Grenzen begann 1884 in Berlin. In den Jahren zuvor hatte es eine Vielzahl von Konflikten in Afrika gegeben, weil verschiedene europäische Mächte dort Land für sich beanspruchten. Und um all diese Konflikte zu lösen, rief der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck die sogenannte Kongokonferenz aus. Offiziell sollten dabei deutsche Handelsrechte ausgehandelt werden, mit dem Kongo als Umschlagplatz. Es ging aber weit darüber hinaus. In Berlin wurde über das Schicksal Afrikas entschieden.

Wer vertrat den Kongo und andere afrikanische Länder?

Die genaue Anzahl afrikanischer Vertreter betrug: null. Niemand hatte auch nur die Möglichkeit in Betracht gezogen, afrikanische Vertreter einzuladen, denn afrikanisches Territorium wurde nicht als deren Eigentum betrachtet. Es galt als *terra nullius* – Land, das jeder für sich reklamieren konnte, wenn er in der Lage war, es zu kontrollieren.

Wenn man auf die Landkarte schaut, kann man bis heute die Folgen dieses «Wettlaufs um Afrika» sehen. Der Kontinent wurde am Reissbrett aufgeteilt, Landesgrenzen quasi mit dem Lineal gezogen.

Ja, und das Interessante dabei ist: Man orientierte sich an natürlichen Grenzen, nicht etwa an Sprachgrenzen. Simbabwe zum Beispiel wird von zwei Flüssen eingegrenzt, dem Sambesi im Norden und dem Limpopo im Süden. Das Land dazwischen galt als eine Einheit. Hingegen in Namibia oder in Ländern der Sahara gab es keine natürlichen Grenzen – also hat man einfach gerade Linien entlang der geografischen Koordinaten gezogen. So entstand ein Kontinent, in dem Menschengruppen, die eigentlich verschiedenen Ländern angehörten, zu einer Nation zusammengezwängt wurden. Und in der Folge davon gab es all diese Sezessionskriege über den ganzen Kontinent hinweg.

Wir kommen auf die Frage nach der europäischen Verantwortung zurück. Sprechen wir zunächst über die Aktualität. Vor Ihrer Ankunft in Berlin sahen Sie sich lautstarker Kritik ausgesetzt, weil Sie als Beraterin der aktuellen Regierung von Simbabwe tätig waren – und die viele für

ähnlich autoritär halten wie zuvor das Regime von Robert Mugabe.

Ja, ich war als Beraterin für Handel und Investment tätig, das stimmt.

Versuchen wir, die Dinge ein wenig zu ordnen. Vor ein paar Tagen starb Robert Mugabe, der von 1980 bis 2017 das Land regierte. Sie waren eine der wichtigsten Kritikerinnen seines Regimes und seiner Verstöße gegen die Menschenrechte. Was bedeutet sein Tod für Sie?

Als ich von Mugabes Tod erfuhr, war ich am Gatwick Airport in London, mein Flug nach Genf wurde verschoben, und ich musste eine Nacht im Flughafenhotel verbringen. Ich erwachte morgens ganz kurz, auf BBC war bereits die Rede davon, und ich erinnere mich an den Satz: Der frühere simbabwische Präsident Robert Mugabe ist gestorben. Ich hörte das im Halbschlaf und dachte, es sei ein Traum. Als ich etwa eine Stunde später aufwachte, war die Nachricht auf allen Bildschirmen.

Was war Ihre erste Reaktion?

Sie war alles andere als emotional. Eher im Sinne von: Ah, okay, Mugabe ist tot. Denn seit er nicht mehr im Amt war, hatte er keine Bedeutung mehr. Andererseits spielte er sehr wohl eine Rolle, nicht als Person, sondern in Bezug auf sein politisches Vermächtnis. Auch für mich war das die wichtigste Frage.

Und was ist Ihre Antwort?

Vor kurzem schrieb ich in einem Artikel für den «Guardian», dass Mugabes umstrittenes Erbe ein warnendes Beispiel für den gegenwärtigen Präsidenten sein sollte. Er müsste schon jetzt über sein eigenes Vermächtnis nachdenken. Ich weiss, Menschen denken nicht gerne an den eigenen Tod, schon gar nicht in Simbabwe, wo viele abergläubisch sind. Aber es ist wichtig, sich zu fragen, wie die Geschichte einen in Erinnerung behalten wird. Was ich mir von der aktuellen Regierung wünsche, besonders vom Präsidenten, ist ein echtes Nachdenken darüber, wie stark Mugabe polarisierte, und dafür zu sorgen, dass manche Wunden dieser Polarisierung heilen.

Was genau war Ihre Aufgabe als Beraterin des Mugabe-Nachfolgers Emmerson Mnangagwa?

Ich hatte einen aussergewöhnlichen Job. Als die neue Regierung im November 2017 an die Macht kam, lebte ich mit einem Autorenstipendium in Berlin, das noch bis Juni 2018 gedauert hätte. Zu Weihnachten aber wollte ich nach Hause fliegen. Da bekam ich einen Anruf aus dem Präsidialamt: Der Deputy Chief Secretary Christian Katsande, der heute Botschafter in London ist, hatte gehört, dass ich in Simbabwe sein würde. Er sagte: «Petina, der Präsident hat erstmals eine Einladung nach Davos erhalten, können Sie uns mit den Vorbereitungen helfen? Können Sie in einem Paper darlegen, was die Message für Simbabwe sein müsste? Und in Kooperation mit der Weltbank eine neue Investmentstrategie erarbeiten?» Ich freute mich über diese Aufgabe und dachte, es sei eine einmalige Sache. Also schrieb ich ein zehnteitiges Konzept und sagte: «Das ist, was ihr tun solltet. Aber hier steht auch, was zunächst in Simbabwe zu tun wäre.» So wurde ich gebeten, den Präsidenten zu treffen und ihm mein Konzept zu erklären.

Was Sie auch gemacht haben.

Ja, ich sagte zu ihm: «Exzellenz, Sie können nicht ins Ausland gehen und über Simbabwes neue wirtschaftliche Offenheit sprechen, ohne vorher mit Ihren eigenen Bürgern gesprochen zu haben. Deshalb ist das Erste, was ich tun werde, eine Investmentkonferenz in Simbabwe zu organisieren, die noch vor Davos stattfindet. Und, Eure Exzellenz, es ist wichtig, dass Sie zuhören. Denn es geht nicht, ohne dass die Unternehmer Sie wissen lassen, welche Folgen die Regierungspolitik in den vergangenen zwanzig Jahren für sie hatte.»

Die Konferenz fand statt?

Sie war extrem erfolgreich! Ungefähr 200 Leute aus den internationalen Finanzinstitutionen waren da, Diplomaten, führende Geschäftsleute, das halbe Kabinett. Sie wussten, das war ihre Gelegenheit für eine neue Investmentstrategie. Am Schluss fiel dann Botschafter Katsande auf, dass nur wenige Frauen gesprochen hatten, und er bat mich, eine Rede zu halten. Ich dachte: Wow, das ist meine Chance, die Wahrheit zu sagen.

Die Wahrheit worüber?

Die Kommunikation der Regierung, ihre Investmentstrategie, all das. Ich war sehr direkt und sagte: «Eure Exzellenz, wir wurden nach Ihrem Twitter- und Facebook-Account oder nach einer Regierungswebsite gefragt, aber wir haben uns zu sehr geschämt, um sie weiterzugeben. Das Zeug ist voller Tippfehler und Inkonsistenzen, die Fotos sind grauenhaft.» Die Leute erschraken und hielten den Atem an, weil ja das halbe Kabinett dasass. So begann mein Engagement bei der Regierung. Und ich hatte überhaupt nicht damit gerechnet, nach Davos zu gehen, sondern nur damit, die Rede vorzubereiten. Dann aber schlug der Präsident vor, mich in die Delegation aufzunehmen.

Und Sie gingen mit?

Ja. Und als Teil der Vorbereitungen arrangierte ich ein Interview des Präsidenten mit der «Financial Times». Die Journalisten kamen dann nach Simbabwe, und ich dachte, dieses Gespräch würde all seine Vorhaben darlegen. Aber ich bin sehr enttäuscht über die vielen Widersprüche gegenüber dem, was er angekündigt hatte.

Haben Sie mit ihm über diese Widersprüche diskutiert?

Ich kann hier nicht in Details gehen, aber ich kann sagen, mich enttäuschte, dass der Gesetzesentwurf, den ich gemeinsam mit einem Berater der Weltbank ausgearbeitet hatte, nicht richtig umgesetzt wurde. Es hat eine Menge Änderungen gegeben, und dass diese Änderungen persönlichen Interessen folgten, war niederschmetternd. Aber ich kann aufrichtig sagen, dass meine Erfahrungen mit dem Aussenministerium immer sehr positiv waren. Eine Menge Konflikte gab es mit einigen Leuten im Präsidialamt, die mich dort nicht haben wollten.

Warum?

Sie waren misstrauisch ob meiner Motive, ich wurde verdächtigt, eine britische Agentin zu sein. Ich war ja eine lautstarke Kritikerin der Regierung, speziell der Wirtschaftspolitik, deshalb verstanden sie nicht, warum ich nun da war. Aber der Grund für meine Kritik war derselbe wie für meine Zusage: Ich wollte, dass die Dinge besser würden. Es war eine aussergewöhnliche Zeit für mich, und ich bereue nichts. Ich würde alles wieder tun, aber ich würde manche Dinge anders machen.

Es begann also mit einer Konferenz. Danach haben Sie einen Vertrag mit dem Aussenministerium geschlossen?

Sowohl mit dem Präsidialamt als auch mit dem Aussenministerium.

Aber Sie haben den Vertrag vor kurzem gekündigt?

Nein, es war anders. Das Ganze begann ja im Januar 2018, als ich noch in Berlin lebte. Ich kam also zu der Businesskonferenz nach Simbabwe, wurde dann Teil des Davos-Teams. Im März wurde ich wieder von Botschafter Katsande angerufen. Er sagte: «Es gibt einen Gipfel in Abidjan, gesponsert von der Weltbank. Sie wollen unbedingt, dass der Präsident kommt. Dort wird es eine Reihe von Ankündigungen geben. Können Sie uns wieder helfen?» Also habe ich auch ein Konzept für Abidjan gemacht.

Das war dann Zusammenarbeit Nummer zwei. Und im Anschluss wurde sie dauerhaft?

Es gab erst noch eine dritte Zusammenarbeit im April 2018 bei einem Gipfel in London – insgesamt also zunächst drei Projekte auf einer Ad-hoc-Basis. Und alles, was sie bezahlten, waren meine Spesen. Schliesslich sagte der Aussenminister in London: Sie müssen ins Land kommen. Aber ich hatte bereits bestehende Verpflichtungen. Meine Literaturagentur auktionierte gerade mein Buch unter acht Verlagen in den USA, auch in Deutschland gab es eine Auktion. Es stand fest, dass ich im Sommer 2019 auf Buchtour gehen würde. Also sagte ich: «Herr Minister, ich komme gerne, aber nur, um das zu tun, worin ich gut bin. Und nur als Externe, begrenzt auf ein Jahr.»

Der Zeitraum Ihrer Tätigkeit war also von Anfang an klar definiert?

Ja, von Juni 2018 bis Juli 2019. Es gab eine Option auf Verlängerung, ich hätte erneuern können. Im Moment reise ich, weil mein Buch in drei Ländern erscheint. Von Berlin geht es in die USA, dann nach Finnland. Und dann noch ein WTO-Panel – alles bereits vorher vereinbarte Termine. Da wäre es mir unverantwortlich vorgekommen, den Vertrag zu verlängern.

Ihre Entscheidung hatte nichts zu tun mit der Situation in Simbabwe?

Nun ... ich möchte niemandes Propagandawerkzeug sein – nicht für die Regierung, nicht für die Opposition.

Hatten Sie während dieser ersten drei Kooperationen Zweifel, ob Sie sich engagieren sollten? Oder ob nicht die Gefahr bestünde, Sie könnten das nützliche freundliche Gesicht ...

Der nützliche Idiot sein? (*lacht*)

Vielleicht sogar das.

Bedenken Sie, dass im November 2017, nach dem Machtwechsel, grosse Euphorie in Simbabwe herrschte. Alle waren froh, dass Mugabe weg war. Emerson Mnangagwa machte viele Ankündigungen, etliche davon in diesem «Financial Times»-Interview: Wir werden wieder in den Commonwealth eintreten, wir klären die Fragen um die Gukurahundi-Massaker und so weiter. Seine Partei ging auf den Oppositionsführer Morgan Tsvangirai zu, man bezahlte seine Krankenhausrechnungen, und als Tsvangirai starb, gab es ein Staatsbegräbnis. Alles schien in die richtige Richtung zu gehen.

Und dann?

Liess der Präsident die Wahlen zu. Das war der Moment, als der Wind sich zu drehen begann. Wahlen erhöhen immer die Temperatur. Und als die Ergebnisse verkündet wurden, weigerte sich die Oppositionspartei MDC, das Resultat anzuerkennen, was zu Spannungen im Land führte. Die Regierungspartei Zanu-PF hat ihrerseits Spannungen hervorgerufen, weil sie sich um den Zusammenhalt im Land überhaupt nicht scherte. Am Tag nach der Verkündung der Ergebnisse gab es Demonstrationen, und Menschen wurden erschossen.

Was hiess das für Sie? Sie hatten Ihre Einjahresverpflichtung gerade angetreten.

Bedenken Sie, dass meine ersten drei Engagements alle in der Phase des Friedens stattgefunden hatten. Nun rang ich extrem mit mir, wie Sie sich vorstellen können. Aber ich war auch ausgesprochen froh, dass der Präsident umgehend handelte und sofort sagte, er werde eine hochkarätig besetzte Untersuchungskommission einberufen. Man strebte einen transparenten Prozess an – und wir bekamen ihn. Was dann die Leute, einschliesslich mich, enttäuscht hat, ist, dass die Empfehlungen dieser Kommission, die ihren Bericht im Dezember veröffentlichte, schlicht nicht befolgt wurden. Nicht einmal einfache Dinge wie die Kompensation der Opfer, das ist

bis heute nicht geschehen. Und so gab es im Januar weitere Demonstrationen und noch mehr Gewalt. Wenn ich die Zukunft hätte vorhersehen können ... aber das konnte ich nicht!

Haben Sie darüber nachgedacht, Ihre Verpflichtung zu beenden, weil die Dinge eine andere Wendung nahmen?

Nein. Ich wollte das Investmentgesetz zu Ende bringen. Die Zeichen standen gut. Und ich blickte auf den kommenden Juli, wenn der Vertrag sowieso enden würde. Ab diesem Punkt war mir aber klar, dass ich offensiver werden musste, und so hatte ich viele, viele Streitgespräche mit einer Reihe von hochrangigen Leuten. Auf diese Weise versuchte ich, auch über meinen Zuständigkeitsbereich hinaus beratend einzugreifen. Aber ich will ehrlich sein, das war hart. Das waren keine einfachen Gespräche.

Sprachen Sie auch über Menschenrechte, über die Unterdrückung der-

...

Genau das meine ich. Diese Art von Gespräch. Obwohl es nicht mein eigentlicher Zuständigkeitsbereich war. Aber ich war der Meinung, diese Gespräche seien nötig, denn sie betrafen alles andere. Ich habe einen so grossen Stapel an Memos. (*zeigt mit Daumen und Zeigefinger etwa 5 Zentimeter Höhe*) Ich werde nichts davon öffentlich machen, aus Vertraulichkeitsgründen natürlich. Aber ich bin sicher, dass man eines Tages, wenn die ganze Geschichte erzählt wird, meine Rolle als eine für Simbabwe positive sehen wird. Und nicht, dass ich versucht hätte, eine brutale Diktatur zu stützen.

Ist es eine Diktatur?

Meiner Meinung nach nicht. Hier sind wir wieder beim Mugabe-Erbe. Mugabe repräsentierte ein Modell der Präsidentschaft. Und es wird für die Menschen eine Menge Fantasie brauchen, um von dieser Vorstellung wegzukommen, sie kennen ja nichts anderes. Wenn wir mal nur auf Nelson Chamisa schauen: Er ist Oppositionspolitiker, aber auch er wird schon «Eure Exzellenz» genannt, auch er hat überall Porträts von sich und bewegt sich in einem grossen Tross von Security-Leuten. Das folgt sozusagen dem Protokoll der Diktatur. Und noch etwas anderes ist mir wichtig: Simbabwe war so lange isoliert! Die neue Investmentstrategie ist Teil dessen, was wir Wiedereingliederung nennen. Wir wollen wieder Austausch mit den einstigen Feindesstaaten. Deshalb wollen wir zurück in den Commonwealth und das Land für Investoren öffnen. Wir wollen uns nicht nur auf China und Russland verlassen. Für mich ist das zentral, denn so sehr ich Chinas Beitrag für Simbabwe respektiere, so sehr wünsche ich mir doch Investitionen mit grösserer Transparenz und Verbindlichkeit und solche, die höhere Arbeitsstandards gewährleisten. Ich möchte, dass Simbabwe bessere Beziehungen mit europäischen Ländern hat.

Wenn wir noch einmal zurückkommen auf das Problem, einem autoritären Regime ein freundliches Gesicht zu geben: In einem Essay von 2017 bezeichnen Sie Staatschef Mnangagwa als Mugabes «*faithful son*», was auf die enge Beziehung zwischen den Parteiliebenden und ihre ideologische Nähe anspielt. Woher nahmen Sie die Hoffnung, dass ausgerechnet er für einen echten Neuanfang nach Mugabe stehen könnte?

Der Militärputsch war ein so aussergewöhnliches Ereignis, dass ich glaubte, das Einzige, was den Putsch rechtfertigen könnte, sei ein neuer Führungsstil. Sie kamen auf diese sehr effektive, aber nicht verfassungskonforme Art an die Macht. Aber, so dachte ich, sie würden das rechtfertigen, indem sie lieferten. Und ich war sicher, sie wollten liefern.

«Lieferten» in welcher Hinsicht?

In der Wirtschaft, bei den Menschenrechten – all das. Ich glaubte, die Re-

gierung sei auf einem Weg der Selbstkorrektur. Und der zweite für mich wichtige Punkt war mein Treffen mit dem Präsidenten im Januar vor Davos. Wir hatten ein freundliches Gespräch, bei dem auch drei weitere Personen im Raum waren. Ich sagte zu ihm: «Ich muss ehrlich sein und Ihnen sagen, dass ich kein Mitglied von Zanu-PF bin, ja, dass ich eine sehr starke Kritikerin Ihrer Regierung bin, daraus sollten wir keinen Hehl machen.» Dann sagte er: «Solange Sie Simbabwerin sind ...» Und ich sagte: «Das bin ich, aber was viel wichtiger ist: Ich bin gut in dem, was ich tue. Sie werden mich nicht davon überzeugen, Zanu-PF-Mitglied zu werden, aber ich habe ein Interesse an Simbabwe Wiedereingliederung.»

Wie ging es weiter?

Im März darauf traf ich ein paar seiner engsten Freunde und Mitglieder seiner Familie, und sie alle sprachen dieselbe Sprache der Reform. Mir schien, hier war jemand, der das Land auf einen neuen Pfad bringen wollte. Der entscheidende Fehler war meiner Meinung nach die Wahl. Es war falsch, 2018 schon eine Wahl abzuhalten. Für das erste oder das zweite Jahr hätte die Strategie sein sollen, erst mehr Externe, mehr Technokraten reinzuholen.

Wahlen sind eigentlich eine der fundamentalen Säulen der Demokratie ...

Ja, aber wir hatten noch nicht wirklich eine demokratische Situation, seien wir ehrlich. Ich glaube, man hätte erst für Stabilität sorgen müssen.

Nun wurde viel Kritik an Ihrer Beratertätigkeit laut, von Landsleuten wie auch im Ausland. Haben Sie Verständnis für diese Kritik?

Ich weiss nicht ... welche Simbabwer meinen Sie?

Zum Beispiel Ihre Autorenkollegin Novuyo Rosa Tshuma.

Es hat viele Gerüchte und falsche Informationen gegeben, zum Beispiel, ich würde den Twitter-Account des Präsidenten betreiben, Leitartikel für ihn schreiben ...

Und das stimmt nicht?

Nein, ich habe keinen einzigen Artikel des Präsidenten geschrieben. Ich habe Interviews für ihn organisiert und mich sehr darum bemüht, für Journalisten den Zugang zum Präsidenten zu vereinfachen, auch weil ich wollte, dass sie ihn mit harten Fragen konfrontieren. Und der Präsident, ebenso wie der Aussenminister, war den Journalisten gegenüber immer sehr aufgeschlossen: «Stellen Sie mir die härtesten Fragen, und ich werde Ihnen antworten.» Diese Medienarbeit wurde als Propaganda betrachtet, während ich sie als Teil meiner Tätigkeit für den Bereich Investment sah. Aber wenn man Dinge tut, wie ein Interview zu organisieren, kann natürlich der Eindruck entstehen, man mache Propaganda. Deswegen habe ich vollstes Verständnis für die Kritik und glaube, sie kommt daher, dass die Menschen nicht verstehen, was meine Rolle war.



Wie ist Ihr Verhältnis zu Mnangagwa heute? Stehen Sie noch in Kontakt?

Nein, nein. Die Regierung ist nächste Woche in New York, und da ich ebenfalls in New York sein werde, hatte ich darüber nachgedacht, Hallo zu sagen und ihm mein Buch zu geben. (*lacht*) Wissen Sie, jedes Mal, wenn ich ihn sah, gab ich ihm ein anderes Buch. Letztes Mal war es «Coming of the Dry Season» von Charles Mungoshi, der leider Anfang Jahr verstorben ist.

Warum dieses Buch?

Weil der Präsident ein unkonventionelles Trinkverhalten hat: sechs Monate mit, sechs Monate ohne Alkohol. Und als seine *dry season* näher kam, schrieb ich ihm: «Eure Exzellenz, das ist für Ihre Trockensaison.» Ich habe ein freundschaftliches Verhältnis zu ihm und allen Ministern, mit denen ich zusammengearbeitet habe, teilweise auch, weil ich extrem direkt war. Viele dachten anfangs, ich sei schlecht erzogen, weil ich mit dem Präsidenten sprach wie mit meinem Vater. Die beiden haben dasselbe Alter und dieselbe Sturheit. Kurzum, ich habe ein gutes Verhältnis zu ihm, denn er hat, glaube ich, verstanden, dass meine Kritik immer konstruktiv, nie böseartig war. Und ganz ähnlich ist es mit der Opposition. Ich habe einen sehr guten Austausch mit Leuten aus der Opposition – auch da wiederum, weil sie verstehen, dass meine Kritik immer auch Oppositionsarbeit war.

Zurück zum Verhältnis Europa – Afrika. Bei dem Berliner Festival waren Sie auch Teilnehmerin der Sektion «Decolonizing Worlds». Was sollte Dekolonisation Ihrer Meinung nach heute heissen?

Für Europa ist der erste Schritt: Eingeständnis. Und damit meine ich nicht Entschuldigungen. Es bräuchte vor allem die Anerkennung, dass diese Dinge geschehen sind. Noch immer herrscht da sehr viel Vergessen und Abstreiten, auch in Fragen der Restitution, mit der gleichen Argumentation wie damals während der Kolonialisierung: Es ist ja nur zu eurem Besten. Deshalb ist es wichtig, über die Geschichte aufzuklären und sie anzuerkennen. Und wir müssen ein Gespräch darüber führen, wie Wiedergutmachung aussehen soll. Wir brauchen eine Auseinandersetzung über Fragen wie: Sind Reparationszahlungen nötig? Wenn ja, welcher Art? Und wie müssen wir darüber im Kontext weltweiter Ungleichheit sprechen? Für mich als internationale Handelsjuristin geht es auch um Fragen der Ungleichheit im internationalen Recht. Denn eines der Probleme ist, dass die internationale Gesetzgebung auch Nationen bindet, die bei deren Ausarbeitung gar nicht dabei waren. Die Frage der Wiedergutmachung sollte also im grösseren Rahmen globaler Ungleichheit diskutiert werden.

Schliesst das auch Grundsatzkritik am globalen Kapitalismus mit ein?

Ich habe eine lange Reise hinter mir bis zu meiner gegenwärtigen Position in der politischen Mitte. Früher war ich Marxistin, wertgeschätzt habe ich nicht Diversität, sondern Gleichheit. Und ich habe Handelsrecht auch deswegen studiert, weil ich das damalige GATT (*Vorläufer der Welthandelsorganisation; Anm. d. Red.*) entlarven wollte. 1994 habe ich mich beim GATT beworben und sagte: Ich bin eine Marxistin und radikale Feministin aus Simbabwe, und ich möchte für euch arbeiten, weil ich euch von innen heraus zerstören will. Kein Witz! Dann kam ich nach Europa, und das öffnete mir die Augen. Ich erkannte, dass es eine glückliche Mitte gab, den sozialdemokratischen Ansatz. Lange Zeit war ich dann Sozialdemokratin.

Sie sprechen in der Vergangenheit.

In letzter Zeit habe ich mich wieder von der Sozialdemokratie entfernt, weil ich Identitätspolitik ablehne. In England zum Beispiel wollten sie mich als «BAME» etikettieren: «Black, Asian and Minority Ethnic». Aber ich kann doch keine Minderheit sein, wenn ich aus einem Land komme, in dem ich zur Mehrheit gehöre. Ich sagte, ich bin hier als Gast, England ist mein Markt, ich bin keine Engländerin! Die Leute wollen einen in eine Schublade stecken, und aus diesem Grund fühle ich mich nicht mehr ganz auf einer Linie mit Labour, den Democrats oder den grünen Parteien ...

Weil Sie das Gefühl haben, dass diese von der Klassenfrage zu linker Identitätspolitik übergegangen sind?

Genau. Dabei ist die Klassenfrage sehr virulent, besonders in Grossbritannien.

Wie kann die Sozialdemokratie in einem internationalen Kontext den Turbokapitalismus in die Schranken weisen? Gibt es überhaupt eine supranationale Sozialdemokratie?

Das ist genau das, worauf wir hinarbeiten sollten. Auch deswegen habe ich übrigens gerne in Genf gearbeitet. Wir hatten zwar kein politisches Ziel, aber wir waren die erste internationale Rechtshilfe für Entwicklungsländer. Und ich glaube, dass solche Initiativen helfen, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Es gibt ja verschiedene Formen von Ungleichheit. Warum also nicht sowohl die Klassenfrage stellen als auch im Sinne linker Identitätspolitik gegen die Diskriminierung von Minderheiten kämpfen?

Das sollten wir. Aber was wir momentan erleben, ist: Sobald man sich einer

Frage zuwendet, steht jemand auf und sagt: Und was ist mit meinem Problem?

Es gibt zu wenig Solidarität innerhalb der Linken?

Genau. Chimamanda Ngozi Adichie sagte neulich in einem Interview: Die Linke kannibalisiert sich selbst. Das stimmt voll und ganz.

Ihr Roman «Aus der Dunkelheit strahlendes Licht» spielt 1873, elf Jahre vor der Berliner Konferenz. Der Stoff hat Sie insgesamt über zwanzig Jahre beschäftigt. Es geht um eine historisch verbürgte, wenn auch unglaubliche Geschichte: Eine Gruppe von Native Africans trägt die Leiche des schottischen Missionars David Livingstone über 1500 Kilometer bis zum Hafen, sodass er in sein Heimatland gebracht und dort begraben werden kann. Wer war dieser David Livingstone?

Vieles: Missionar, Entdecker, Doktor und Linguist. Er war nicht besonders erfolgreich in seiner Missionsarbeit, lernte aber mehrere Sprachen, zum Beispiel Tswana. Als er über seine erste Afrikareise schrieb, verdiente er eine Menge Geld damit. Danach hat ihn das Entdeckerfieber gepackt. Auf seiner zweiten Reise entdeckte er die Victoria Falls und wurde als Held gefeiert.

Und später machte er sich auf die Suche nach dem Ursprung des Nils.

Wie viele andere vor ihm. Livingstone war besessen, er wollte unbedingt seinen Heiligen Gral finden. Und eine andere sehr interessante Figur, Henry Morton Stanley, wurde ausgesandt, um nach ihm zu suchen, als er verloren gegangen war. Livingstone weigerte sich allerdings, mit Stanley zurückzufahren, und gab ihm stattdessen sein Tagebuch mit. Es erzählt vom Massaker an den Manyuema-Frauen. Und als dieses Tagebuch unmittelbar nach Livingstones Tod veröffentlicht wurde, verursachte es so viel Aufruhr, dass die Briten Druck auf den Sultan ausübten, den Sklavenmarkt in Sansibar zu schliessen. So gesehen war Livingstone auch noch nach seinem Tod erfolgreich.

Er wurde schon von Zeitgenossen sehr geschätzt, sogar von jenen Menschen in Afrika, die zwar nicht im strengen Sinne seine Sklaven waren, aber doch seine Diener und Untergebenen.

Genau das hat mich fasziniert: Warum haben sie seine Leiche durch halb Afrika getragen? Was war ihre Motivation? Ich wollte also die Gefährten von David Livingstone verstehen.

Mit «Gefährten» sind die Menschen gemeint, die auf einer Gedenktafel an Livingstones Grab in Westminster Abbey nur als die «getreuen Hände» benannt sind. Sie haben die Geschichte nicht aus Livingstones Perspektive erzählt, sondern aus Sicht der Gefährten. Sie gaben also diesen «getreuen Händen» auch einen Körper und einen Geist.

Ganz genau. In meinem Roman sind es 69 Gefährten. In Wirklichkeit war die Gruppe ein wenig grösser, ich konnte allerdings nur 69 namentlich ausfindig machen, wollte aber unbedingt alle namentlich benennen. Anfangs war mein Manuskript deswegen das totale Durcheinander. Mein Lektor sagte nur: O mein Gott, all diese Namen! Dann stritt ich mit ihm und sagte: Wenn Ken Follett mehr als 250 Figuren in seinem Roman haben kann, dann können es bei mir wenigstens etwas mehr als 70 sein. Am Ende reduzierte ich die Anzahl aber doch. Im Grunde war damals ein ganzes Dorf mit Livingstone gereist.

Und diese Geschichte schildern Sie mit zwei komplementären Erzählstimmen: von Livingstones Köchin Halima und von dem Missionar Jacob Wainwright.

Mein Vorbild war William Faulkner. Ich wollte unbedingt verschiedene

Erzählstimmen haben. Anfangs waren es 13 oder 14, auch Livingstone selbst hatte ich anfangs noch als Ich-Erzähler. Dann aber dachte ich: Wie viel Platz will ich ihm eigentlich einräumen? Die Historiker haben seine Geschichte schon so oft erzählt. Und am Ende entschied ich mich für nur zwei Erzählstimmen, Halima und Jacob. Sie sehen dieselben Dinge, deuten sie aber komplett anders. Sie ist Analphabetin und spricht keine Fremdsprachen. Er hingegen ist gebildet, ist christianisiert worden, hat eine Mission und ein klares Lebensziel vor Augen. Halima ist eine Sklavin, Jacob ist frei. Aber in Wirklichkeit ist Halima die Freie und Jacob gefangen.

Gefangen in Bigotterie.

Und in seiner engen Vorstellung vom Sinn des Lebens. Er kann die Welt nur durch diese Augen wahrnehmen. Halima hingegen, weil sie eben keine Agenda hat, geht offen durch die Welt.

Es gibt also einen gigantischen Trauermarsch durch Afrika, um Livingstones Leiche zurück nach Grossbritannien zu bringen. Ein starkes Symbol. Denn Kolonialismus bedeutete ja auch, man raubte Kulturgüter und brachte sie ins eigene Land. Hier hingegen gibt es eine ganz andere Art von Translokation: ein Leichnam wird an einen anderen Ort gebracht – aus einem ethischen Impuls.

Und die Gefährten wurden dafür von der britischen Presse als Helden gefeiert!

Chirango, die rebellischste Figur in Ihrem Roman, warnt seine Landsleute allerdings: Ihr werdet sehen, wie ihr Dankeschön ausfallen wird!

Genau. Weil er nicht nur Sklaverei erfahren hat, sondern auch den europäischen Wettlauf in Afrika. Er wusste, die Leute kommen nicht nur, um Flüsse zu zeichnen. Sie haben auch anderes im Sinn.

Sie verweigern im Roman eine klare Gegenüberstellung von guten, schwarzen Opfern und bösen, weissen Kolonialisten.

Ich denke nicht in diesen Kategorien. Menschen sind fehlerhaft, nicht böse. Vielleicht ist es auch wegen meines juristischen Hintergrunds, dass ich immer versuche, fair und ausgewogen zu sein. Für mich jedenfalls ist es eine Geschichte von grosser Schönheit und Liebe. Sie zeigt, was Menschen vermögen. Wer hätte gedacht, dass diese sogenannten Wilden so etwas für einen weissen Mann tun würden? Das sind die Geschichten über Kolonialismus und Sklaverei, die mich interessieren. Geschichten von Widerstandskraft; Geschichten, die uns die Grosszügigkeit des menschlichen Geistes zeigen, nicht nur seine dunkle Seite.

Was ist der Beitrag der Literatur zu unserem Verständnis der Geschichte?

Ich glaube, Literatur schafft Unmittelbarkeit, sie kann grössere Empathie hervorrufen als historische Fakten, eben weil sie über die Imagination funktioniert. Literatur ist unser stärkstes Mittel, uns in die Gedanken einer anderen Person hineinzusetzen. So kann die Literatur dazu beitragen, Geschichte auf empathische Weise zu begreifen.

Nach all der Kritik der letzten Zeit: Können Sie sich vorstellen, sich irgendwann einmal wieder auf das Feld der Politik zu begeben?

Nicht Politik! Dienstleistung. Regierungsdienst. Und ja, das kann ich mir vorstellen. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt. Doch nehme ich auch schreibend Einfluss. Niemand hat mich dazu aufgefordert, aber ich schreibe gerade an einem Handbuch für Vertragsgestaltung, das ich den Parlamentariern in Simbabwe vorlegen werde. Ich möchte weiter darüber nachdenken, wie man die Normen des internationalen Rechts stärker in der Verfassung verankern kann. Und ich möchte unbedingt sicherstellen, dass das

Investmentgesetz, das nun vors Parlament kommt, auch das Gesetz wird, das ich entworfen habe. Ich bin zwar keine Beraterin mehr, aber immer noch Bürgerin.